

Referendum: Änderung vom 19. März 2021 des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)

Worum es geht

Der Bundesrat hat durch die Verfassung die Kompetenz in Ausnahmesituationen Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung und zur Wahrung der Sicherheit zu treffen. Die Bundesverfassung befristet solche Massnahmen auf maximal 6 Monate. Sollen diese Massnahmen verlängert werden, muss das Parlament darüber befinden. Das Parlament hat aus diesem Grund im September 2020 das Covid-19-Gesetz geschaffen und verabschiedet. Am 13. Juni 2021 wurde das Referendum gegen das Covid-19-Gesetz vom Volk abgelehnt. Das Covid-19-Gesetz wurde seit September 2020 bereits dreimal überarbeitet. Gegen die Revision vom März 2021 wurde erneut das Referendum ergriffen, über welches nun abgestimmt wird.

Ein Komitee aus verschiedenen Organisationen, unter der Führung des Vereins «Freunde der Verfassung», hat das Referendum gegen die Änderungen vom 19. März am Covid-19-Gesetz ergriffen und die notwendigen Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht. Die Referendumsabstimmung findet am 28. November 2021 statt. Die Mitte-Fraktion unterstützt das Covid-19-Gesetz einstimmig und lehnt dieses Referendum deshalb klar ab.

Das Covid-19-Gesetz

Das am 26. September 2020 in Kraft getretene Covid-19 Gesetz regelt die besonderen Befugnisse des Bundesrates zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie und zur Bewältigung der Auswirkungen der Bekämpfungsmassnahmen auf Gesellschaft, Wirtschaft und Behörden. So räumt das Gesetz dem Bundesrat beispielsweise die Kompetenz ein, medizinische Schutzgüter zu beschaffen, Massnahmen im Bereich des Arbeitnehmerschutzes zu treffen oder die Regelungen der Kurzarbeitsentschädigung auszuweiten. Ein zentraler Pfeiler des Gesetzes bildet das Härtefallprogramm für Unternehmen. Dieses erlaubt es dem Bundesrat, finanzielle Unterstützungen für Unternehmen zu sprechen, die aufgrund der Covid-19-Pandemie in wirtschaftliche Not geraten sind. Das Härtefallprogramm geht auf die Arbeit der Mitte-Fraktion im Parlament zurück.

Die drei bisherigen Anpassungen des Covid-19-Gesetzes waren notwendig, um auf die rasche Entwicklung der Pandemie reagieren zu können. Am 19. März 2021 schuf das Parlament in der Revision des Gesetzes deshalb unter anderem die Grundlage für die Einführung eines Systems aus Contact-Tracing und Tests sowie für das Covid-Zertifikat. Zudem nahm das Parlament Bestimmungen für Quarantänelockerungen für geimpfte Personen ins Gesetz auf. Das Covid-19-Gesetz ist noch immer zeitlich begrenzt und wird Ende 2022 seine Geltungsdauer erreicht haben.

Was geschieht bei einer Annahme des Referendums?

Die Grundlage für die Ungleichbehandlung von Menschen mit unterschiedlichem Immunitätsstatus ist nicht im Covid-19-Gesetz geregelt, sondern im Epidemiengesetz von 2013. Es ist eine Ungleichbehandlung auf Basis der Verfassung, gleiches wird gleich behandelt, ungleiches ungleich. Dies ist die Basis für die GGG-Differenzierung, welche Personen mit unterschiedlichem Immunitätsstatus ungleich behandelt.

Umgesetzt wird diese Differenzierung mit dem Covid-Zertifikat, welches laut Bundesrat die beste Grundlage dafür ist. Bei Annahme des Referendums entfällt das Covid-Zertifikat. Damit kann der Zugang zu Veranstaltungen und ähnlichem nicht mehr auf Personen mit Zertifikat eingeschränkt werden. Private können jedoch weiterhin Beschränkungen durchsetzen. Dem Bundesrat wird jedoch die Möglichkeit genommen, künftige Massnahmen für Personen mit Zertifikat milder zu gestalten. Alle Massnahmen würden für alle gleich gelten würde es beispielsweise zu einer Verschlechterung der Situation in Spitälern kommen. Die Einschränkungen in die Freiheit wären somit vermutlich ohne Covid-Zertifikat grösser als mit.

Ohne Zertifikat, welches in den EU-Staaten anerkannt ist, würde das internationale Reisen wieder verkompliziert.

Das sagen die Befürworter des Gesetzes

Das Gesetz dient dem Schutz der Gesundheit der Menschen in der Schweiz

Das Gesetz ermöglicht die Gewährleistung einer ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit wichtigen medizinischen Gütern, fördert die Durchführung von Covid-19-Tests und ermöglicht es dem Bundesrat, dass der Bund die Kosten für diese Massnahmen trägt.

Das Gesetz sichert den Schutz privater Daten

Das Gesetz liefert die Grundlage für die Ausstellung eines Impf-, Test- oder Genesungsnachweises («Covid-Zertifikat»). Der Nachweis soll persönlich, fälschungssicher und unter Einhaltung des Datenschutzes überprüfbar sein. Zudem soll er so gestaltet werden, dass nur eine dezentrale oder lokale Überprüfung der Authentizität und Gültigkeit von Nachweisen möglich ist. Der Nachweis ist auch für die Ein- und Ausreise in andere Länder gültig. Die Regelungen zum Impf-, Test- oder Genesungsnachweis sind laut Gesetz befristet bis zum 31. Dezember 2022 gültig.

Kein Impfwang

Das Covid-19-Gesetz enthält keinen Impfwang. Dies ist in der Schweiz verboten. Das Gesetz räumt dem Bundesrat aber die Kompetenz ein, Personen, die sich für eine Impfung entschieden haben, einen Impfnachweis auszustellen und sie von Quarantänemassnahmen zu befreien.

Massnahmen müssen demokratisch legitimiert fortgeführt werden können

Die Massnahmen, welche der Bundesrat gestützt auf die Verfassung erlassen hat, müssen zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie fortgeführt werden können, sofern Bedarf dazu besteht. Das Gesetz definiert genau, in welchem Rahmen der Bundesrat Massnahmen treffen kann, um die Auswirkungen der Covid-19-Krise auf die Gesellschaft und Wirtschaft zu bekämpfen. Mit der Befristung wird sichergestellt, dass die Notmassnahmen nicht unbeschränkt weitergeführt werden.

Das sagen die Gegner des Gesetzes

Das Gesetz erlaubt eine Massenüberwachung mit umfassendem Contact-Tracing

Mit dem Covid-19-Gesetz würde der Bundesrat und das Parlament die Grundlage für ein umfassendes digitales Tracing und somit die Basis für eine permanente Massenüberwachung der Bevölkerung schaffen.

Das Gesetz diskriminiert Ungeimpfte

Die Gegner des Covid-19-Gesetzes sagen, dass die Einführung des Zertifikats ein Eingriff in die Grundrechte von ungeimpften Menschen sei. Ungeimpfte würden durch das Covid-Zertifikat deshalb diskriminiert werden.

Die Rechte von geimpften Menschen sollen länger in Kraft bleiben als im Gesetz vorgesehen

Die Gegner des Covid-19-Gesetzes glauben nicht, dass die Regelungen, welche geimpfte Menschen von Quarantänemassnahmen befreien, wie im Gesetz vereinbart nur bis zum 31. Dezember 2022 gültig sein werden. Sie gehen davon aus, dass diese Regelung über die gesetzlich festgelegten Auslaufdaten der Gesetze hinaus verlängert werden. Sie liefern jedoch keine faktenbasierte Grundlage dafür, wieso dies so sein soll.

Empfehlung

Der Ständerat empfiehlt einstimmig, das Gesetz anzunehmen. Der Nationalrat empfiehlt fast einstimmig mit 191 Stimmen bei 3 Enthaltungen, das Gesetz anzunehmen. Die Mitte-Fraktion. Die Mitte – EVP empfiehlt einstimmig, das Gesetz anzunehmen.